

BUNDESGERICHTSHOF

IX 83 92/71

B E S C H L U S S

In der Entschädigungssache

Mother G. [REDACTED] geb. [REDACTED],
[REDACTED], [REDACTED], J. [REDACTED]/Israel,

- Prozeßbevollmächtigter:

Klägerin und Beschwerdeführerin,
Rechtsanwalt [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED],
[REDACTED] -

gegen

Land Berlin,
vertreten durch den Senator für Inneres,
Berlin 90, Potsdamer Str. 186,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 11. Juli 1974 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Sorn, Henkel, Frehs und Portmann beschlossen:

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 13. Zivilsenats des Kammergerichts in Berlin vom 28. Juli 1970 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und anlagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt die Klägerin.

S. u. d. e

Die Klägerin ist wegen Anßbenruhr für die Zeit von 1951 bis 1961 mit Kapitalentschädigung und Rente aufgrund einer verfolgungsbedingten Minderung der Erwerbsfähigkeit von 25 v.H. entschädigt; sie hat fortlaufend Anspruch auf Heilverfahren.

Das Berufungsgericht lehnt den weitergehenden Gesundheits-schadensanspruch der Klägerin ab. Insbesondere wegen der ersten eigenen Angaben der Klägerin und einer damals eingereichten ärztlichen Behandlungsbestätigung hält es den späteren Vortrag, das Leiden habe schon vor 1951 eingesetzt, für nicht bewiesen, und zwar auch unter Berücksichtigung der Beweiserleichterung in § 176 Abs. 2 ZPO. Einen ursächlichen Zusammenhang zwischen einem Leberschaden und dem auf die verfolgungsbedingte Auswanderung nach Israel zurückzuführenden Anßbenbefall be-

- 3 -

zeichnet der Berufsungsrichter, sachverständiger Beurteilung folgend, als nicht wahrscheinlich. Die durch die Amblasio verursachte Minderung der Erwerbsfähigkeit bemisst er auf weniger als 25 v.H..

Die gegen das Berufungsurteil gerichteten Angriffe der Beschwerde zeigen keinen der gesetzlichen Gründe für eine Zulassung der Revision (§ 219 Abs. 2 ZPO) auf. Sie gelten der Beweiswürdigung. Welchem Gutachten der Entsrichter folgt und ob er noch weitere Gutachten einholt, ist rechtsgrundsätzlich nicht zu bestimmen; es hängt von den Umständen des Einzelfalles ab. Vermeintliche Verletzungen der Aufklärungspflicht führen nach den vom Bundesgerichtshof in BvG 1967, 281 Nr. 33; 431 dargelegten Grundsätzen als Verfahrensverstöße nicht zur Zulassung der Revision. Das gleiche gilt für die Beanstandung der Beschwerde, das Berufungsgericht hätte sein eigenes Fachwissen über die allgemeine Verbreitung der Amblasio nicht ohne vorherige Einführung in den Rechtsstreit verwerten dürfen. Unbegründet ist schließlich die Ansicht der Beschwerde, die Unterlassung einer unsunmbaren Leberbiopsie als eines Mittels zur Feststellung der Art der Leberveränderung dürfe sich nicht zum Nachteil der Klägerin auswirken. Nimmal ist davon, daß allenfalls diese unsunmbare und von der Klägerin abgelehnte Leberpunktion eine Klärung der Lebererkrankung bringen könne, nur in dem Privatgutachten des Dr. Adler die Rede. Zum anderen trüge, selbst wenn diese unsunmbare Untersuchung einem amtlich bestellten Sachverständigen abgelehnt werden wäre, die Klägerin nach allgemeinen Grundsätzen den Nachteil der Beweis-



[JLaw – Gesetze und Urteile](#)

Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile

[\(mobile App\)](#)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)

- 4 -

losigkeit. Dadurch, daß der Antragsteller eine Unternehmung ablehnt, wird nicht ein dem Antragsteller günstiger Ausgang eben dieser Unternehmung wahrscheinlich; die Klärung unterbleibt vielmehr.

Mai

Portmann